



Türkei Information

September 2010

- Am 12.9.2010 stimmten 58% der türkischen Wähler für das von der AKP vorgelegte Verfassungsreformpaket, bei einer hohen Beteiligung von 74%. Die bereits in der parlamentarischen Debatte beobachteten Grabenkämpfe zwischen Regierung und Opposition setzten sich in der Kampagne in verstärkter Form fort. Die AKP verband die Zustimmung mit der endgültigen Überwindung der militärischen Verfassung von 1982, zumal das Datum mit dem 30ten Jahrestag des Putsches von 1980 zusammenfiel. Zudem sollte ein «Ja» ein klarer Schritt in Richtung Modernisierung und Demokratisierung sowie zu Europa sein. Die CHP betonte in ihrer «Nein» Kampagne vor allem die Gefahr der fehlenden Gewaltenteilung, da die Regierung und der Staatspräsident ihren Einfluss in Justiz und Militär weiter ausdehnen können. Die MHP lehnte die Reform grundsätzlich ab, die BDP rief nach der Ablehnung eigener Vorschläge zum Boykott auf, der in den kurdischen Gebieten auch erfolgreich war.
- Das Referendum über den Verfassungsentwurf war weniger eine Abstimmung über dessen Inhalte als eine Abstimmung der politischen Blöcke, sie hat die Macht der AKP und des Ministerpräsidenten gestärkt. Die bereits bei den vorangegangenen Wahlen deutlich gewordene geographische Trennung der Lager (Zentralanatolien- AKP; Küstenstreifen- CHP, Kurdengebiete- BDP) wurde hier wieder deutlich.
- Das Ausland hat das Ergebnis überwiegend positiv gewürdigt. Die Zustimmung wurde als Schritt in die richtige Richtung anerkannt, allerdings wurden weitere Reformanstrengungen angemahnt.
- Nach dem Referendum ist vor der neuen Verfassung: Es herrscht breiter Konsens über alle politischen Gruppierungen hinweg, dass eine völlig neue Verfassung notwendig ist. Diese sollte im Konsens mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften erarbeitet werden und als moderne und zivile Verfassung den wirklichen Bruch mit der Militärverfassung von 1982 markieren. Die Diskussionen darüber haben bereits begonnen. Die AKP scheint ein Präsidialsystem zu bevorzugen, welches die Vermutung nahe legt, dass Tayyip Erdoğan sich für das Amt des Staatspräsidenten interessiert.



Inhalt

1. Verfassungsreferendum stärkt die AKP	2
2. Kurdenfrage	2
- Befristeter Waffenstillstand der PKK	2
- Demokratische Autonomie auf der Tagesordnung	3
- Schwere Kämpfe im Juni und Juli	3
- Gerichtsverfahren wegen „Unterstützung der PKK“ beginnen	3
- Änderungen des Anti-Terror Gesetzes	3
3. Kurzmeldungen.....	3
- CHP Wirtschaftsprogramm angekündigt.....	4
- Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Türkei im Dink-Verfahren	4
4. Entmilitarisierung und Verfahren gegen den „tiefen Staat“	4
- Machtkampf um Ernennung hoher Generäle.....	4
- Militär im Fokus der Ergenekon-Ermittlungen	4
- Lange Untersuchungshaft im Ergenekon-Verfahren	5
- Politische Morde Staatspolitik.....	5
- Polizei unterwandert.....	5
- Diskussion über Stellenbesetzung bei der Justiz	5
5. Wirtschaft.....	5
- Gute Kritiken vom IMF.....	5
- Erholung der Wirtschaft	6
- Beamte fordern Tarifvertrag	6
6. Außenpolitik.....	6
- Türkei Hearing des US-Repräsentantenhauses	6
- Entspannungsbemühungen Israels	6
- Deutschland verbietet IHH	7
- Regierung ändert Sicherheitsdoktrin	7
- Staatsvertrag zur Errichtung von Atomkraftwerk ratifiziert.....	7
- Deutsch-Türkische Uni steht vor dem Start	7
- Außenminister Westerwelle in der Türkei.....	7



1. Verfassungsreferendum stärkt die AKP

Nach einer hitzig geführten Kampagne wurde das im Mai verabschiedete Verfassungspaket der AKP mit 58 Prozent der gültigen Stimmen angenommen. Das Ergebnis wird als ein klarer Vertrauensbeweis für Ministerpräsident Erdogan bewertet. Die Position des neuen CHP-Vorsitzenden ist geschwächt, bei der Abstimmung scheint ein bedeutender Teil der MHP-Basis nicht ihrer Parteiführung gefolgt zu sein. Gestärkt ist die BDP aus dem Referendum hervorgegangen. Ihr ist es gelungen, mit ihrem Boykottaufruf die Wahlbeteiligung nicht nur in ihren Hochburgen, sondern auch in Städten wie Istanbul und Mersin zu senken. Insgesamt muß man aber ebenfalls erkennen, dass von den 52,1 Mio. Wahlberechtigten nur 21,8 Mio. und damit 42% das Paket befürwortet haben.

Meinungsforscher gehen davon aus, dass für die Entscheidung der Wähler in erster Linie ihre Parteipräferenz und nicht der Inhalt des Verfassungspakets maßgeblich war. Vor diesem Hintergrund ergibt sich eine geographische Verteilung des Abstimmungsverhaltens, welche die Ergebnisse der Kommunalwahl 2009 noch einmal schärft. Abgelehnt wurde die Verfassungsänderung in einem Gürtel von Provinzen im Westen der Türkei – angefangen in Thrakien, entlang der Ägäis und Mittelmeerküste bis nach Antalya. Außerhalb dieses Gürtels wurde nur in Artvin (östliches Schwarzmeer), Eskisehir, Bilecik (Westanatolien) und Tunceli (Ostanatolien) mehrheitlich mit „Nein“ gestimmt.

In Südost- und Ostanatolien erhielt das Verfassungspaket Zustimmungsraten von über 90 Prozent, was an der schwachen Stellung der CHP aber vor allem am erfolgreichen Boykottaufruf der BDP lag. Mit 74 Prozent zeigte sich nahezu landesweit eine hohe Beteiligung am Referendum, nur in Provinzen, in denen die BDP 2009 die Kommunalwahl gewann, war die Wahlbeteiligung niedrig. In Diyarbakir lag sie bei 35%, in Hakkari bei nur 9%.

In Provinzen, in denen die MHP bei der Parlamentswahl 2007 und der Kommunalwahl 2009 überdurchschnittlich hohe Stimmanteile erzielen konnte, blieb der Anteil der Nein-Stimmen deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Die AKP führte ihre Kampagne unter dem Leitmotiv „Abrechnung mit dem Militärputsch von 1980“. Die CHP stellte Armut und soziale Ungleichheit sowie den Vorwurf in den Vordergrund, die AKP versuche, die Justiz unter ihre Kontrolle zu bringen, während die MHP insbesondere auf die Kurden-Initiative der Regierung abzielte. Bei der BDP verband sich die Kritik, die Verfassungsänderungen berücksichtigten nicht die Interessen der Kurden

mit der Kampagne für die Forderung nach demokratischer Autonomie.

Die Kampagnen wurden zudem als eine Art Vorwahlkampf geführt. CHP und MHP verfolgten das Ziel, das Referendum in eine Vertrauensabstimmung über die Regierung umzufunktionieren und damit ihre Startposition für die anstehende Parlamentswahl zu verbessern.

Nach dem Referendum hat die AKP angekündigt, dass die Parlamentswahlen wie vorgesehen im Juni oder Juli 2011 stattfinden und nicht vorgezogen werden. Bereits während der Kampagne hatte Ministerpräsident Erdogan angekündigt, dass der nächste Schritt eine neue Verfassung sein müsse, die vom neu gewählten Parlament ausgearbeitet und wiederum durch ein Referendum bestätigt werden sollte. Außerdem hat sich Erdogan für den Übergang zu einer Präsidialdemokratie ausgesprochen.

Innerhalb der CHP löste das Ergebnis Kritik aus. Neben dem Abstimmungsergebnis hat Kemal Kilicdaroglu auch geschadet, dass er es versäumte, eine Adressänderung mitzuteilen und darum selbst am Referendum nicht teilnehmen konnte. Sein Vorgänger Deniz Baykal hatte während des Referendums auf den hohen Einsatz Kilicdaroglus hingewiesen, jedoch kritisiert, dass die Partei nicht ausreichend Einsatz aufbringe. Der Parteiapparat der CHP schien teilweise überfordert und nicht in der Lage, den Anforderungen des neuen, energetischen Vorsitzenden gerecht zu werden. Nach dem Referendum forderte er einen Parteitag, erklärte jedoch, dass er selbst nicht wieder für den Vorsitz kandidieren werde und sprach sich dafür aus, Kilicdaroglu als Spitzenkandidat in der Parlamentswahl zu unterstützen. Kilicdaroglu wiederum hat angekündigt, dass mit Vorbereitungen für ein neues politisches Programm begonnen wurde, welches ab Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt werden würde.

2. Kurdenfrage

Befristeter Waffenstillstand der PKK

Am 13. August kündigte die PKK einen Waffenstillstand an, der bis zum 20. September andauern soll. Die Ankündigung war mit vier Forderungen verbunden:

- Die Sicherheitskräfte sollen die Operationen gegen die PKK einstellen und auf diese Weise ein von beiden Seiten getragener Waffenstillstand erreicht werden.
- Außerdem sollen etwa 1.700 kurdische Politiker und NGO-Mitglieder, die im Rahmen der Aktionen gegen das Umfeld der PKK (KCK Operation) festgenommen



wurden, unverzüglich freigelassen werden.

- Dem inhaftierten Führer der PKK Abdullah Öcalan soll ein Umfeld gewährt werden, das es ihm ermöglicht, sich aktiv in den Friedensprozess einzubringen.
- Die 10prozentige Sperrklausel für den Einzug ins Parlament gesenkt werden.

In der Erklärung unterstreicht die PKK ein weiteres Mal die Forderung nach „demokratischer Autonomie“.

Demokratische Autonomie auf der Tagesordnung

Die Forderung nach „demokratischer Autonomie“ wird auch vom Demokratischen Gesellschaftskongress vertreten. In der Schlusserklärung des vierten Kongresses, der 800 Delegierte aus Politik, Zivil-gesellschaft und Religionsgemeinschaften zusammenführte, und zu dessen Co-Vorsitzenden der frühere Vorsitzende der DTP Ahmet Türk gewählt wurde, wurde die Verfassungsreform zurück-gewiesen. Gefordert wird eine neue Verfassung, die ausdrücklich die verschiedenen ethnischen und religiösen Identitäten der Türkei anerkenne. Der Kongress rief sowohl die PKK als auch die türkischen Sicherheitskräfte auf, die Kämpfe einzustellen. Als einen Grundsatz zur Lösung des Konflikts erklärte Ahmet Türk in seiner Abschlussrede, dass das zentralistische Verständnis des türkischen Staats aufgehoben und einer demokratischen Autonomie weichen müsse. Diese beinhaltet, dass die verschiedenen Gemeinschaften und Kulturen in der Türkei jede für sich über ihre Zukunft und ihr Leben entscheiden können. Sie müssen an den sie betreffenden Entscheidungsprozessen teilnehmen.

Schwere Kämpfe im Juni und Juli

Von Mai bis Juli hatten sich die Gefechte zwischen der PKK und den Sicherheitskräften verschärft. Die PKK griff wiederholt Grenzstützpunkte von Militär, Gendarmerie und Polizei an, dehnte aber auch ihren Aktionsraum bis in die Schwarzmeerregion und nach Hatay aus. Angesichts täglicher Meldungen über Gefallene auf beiden Seiten riefen zahlreiche Verbände und Organisationen zu einem Waffenstillstand auf. Auf der anderen Seite lösten ethnisch motivierte Aufreure in Inegöl (Provinz Bursa) und Dörtüyl (Provinz Hatay) Sorge aus, dass die bisherigen Konflikte zwischen PKK und Sicherheitskräften in eine türkisch-kurdische Konfrontation umschlagen könnten. In beiden Fällen waren nach Gewalttaten, die gerüchteweise der PKK zugeschrieben wurden, Menschenmassen

zusammengekommen, die die kurdischen Stadtviertel angriffen.

Gerichtsverfahren wegen „Unterstützung der PKK“ beginnen

Die Anklageschrift zu den KCK-Ermittlungen wurde vom 6. Großen Strafgericht Diyarbakir angenommen. Den 103 inhaftierten, insgesamt 151 Angeklagten wird vorgeworfen, Mitglied in einer Organisation zu sein, die die PKK unterstützt. Zu den Angeklagten gehören u.a. Mitglieder von Menschenrechtsvereinen, BDP-Funktionäre und Politiker sowie Gewerkschafter. Bereits im Juli begann am selben Gericht ein Verfahren gegen 61 Angehörige, denen die Mitgliedschaft im KCK-Türkiye Meclisi (Türkei Rat) vorgeworfen wird. Die Operationen gegen die KCK begannen Ende 2008 und viele der Anklagten sind bereits seit mehr als eineinhalb Jahren in Untersuchungshaft.

Änderungen des Anti-Terror Gesetzes

Unmittelbar vor der parlamentarischen Sommerpause wurde das Gesetz zu den Steine werfenden Jugendlichen verabschiedet. In den vergangenen zwei Jahren waren zahlreiche Kinder und Jugendliche bei Demonstrationen wegen Steinwürfen auf Polizisten festgenommen, auf der Grundlage des Antiterrorgesetzes angeklagt und zum Teil auch zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Mit der Gesetzesänderung geht die Zuständigkeit nun an die Kinder- und Jugendgerichte über. Nach Inkrafttreten des Gesetzes wurden zahlreiche Kinder und Jugendliche aus der Haft entlassen. Dies hatten Menschenrechtsorganisationen seit langem gefordert und auch die Oppositionsparteien traten zuletzt für eine Änderung des Gesetzes ein. Leider zögerte die Regierung zu lange und verabschiedete nur eine abgeschwächte Version der Verbesserung als ursprünglich geplant.

3. Kurzmeldungen

CHP erhält Unterstützung

Unmittelbar vor der geplanten Parteigründung der Bewegung für die Veränderung der Türkei TDH hat ihr Vorsitzender Mustafa Sarigül erklärt, man müsse der neuen CHP-Führung Zeit geben und die Parteigründung auf unbestimmte Zeit verschieben. Es kam zu Übertritten aus dem TDH zur AKP und CHP.

Mit Aufmerksamkeit wurde ein Treffen zwischen dem früheren CHP-Vorsitzenden Baykal mit Sarigül



sowie eines zwischen Baykal und dem DSP-Vizevorsitzenden Özkan aufgenommen. Die Treffen lösten neue Spekulationen über Rückkehrambitionen Baykals an die CHP-Spitze oder der Gründung einer neuen politischen Bewegung aus.

Mit dem Wechsel der Parteiführung erhält die CHP außerdem Unterstützung von anderen Linksparteien. Die Teilnahme von Rahsan Ecevit am CHP Parteitag gab das Signal für den Übertritt ganzer Sektionen der von ihr geführten DSHP, die aus einer Abspaltung der DSP hervorgegangen ist. Übertritte gab es auch von der DSP und EDP zur CHP sowie von ehemaligen prominenten Mitgliedern. Auch im Parlament konnte die CHP ihre Fraktion durch Übertritte unabhängiger Abgeordneter auf 101 Abgeordneten vergrößern.

CHP Wirtschaftsprogramm angekündigt

In einem Fernsehinterview mit CNN Türk kündigte der CHP-Vorsitzende Kemal Kilicdaroglu an, dass im Oktober ein neuer Entwurf für die Wirtschaftspolitik vorgestellt werden soll. Ihm sollen weitere für zentrale Politikbereiche folgen. Auch erklärte Kilicdaroglu, dass eine Partei, die sich als Volkspartei verstehe und für eine freie Türkei eintrete, auch im Hinblick auf innerparteiliche Demokratie Vorbild sein müsse. Auf dem nächsten Parteitag müssten darum Satzungsänderungen vorgenommen werden, die innerparteiliche Demokratie gewährleisten.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Türkei im Dink-Verfahren

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gab der Klage der Hinterbliebenen des ermordeten Chefredakteurs der türkisch-armenischen Zeitung Agos, Hrant Dink, statt und verurteilte die Türkei zu 133000,- Euro Schadensersatz. Dem türkischen Staat wurde vorgeworfen, trotz Drohungen gegen Hrant Dink keine Schutzmaßnahmen getroffen und mit seiner Verurteilung nach Artikel 301 des Strafgesetzbuchs gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstoßen zu haben.

Die von der türkischen Regierung eingereichte Verteidigung, der zufolge Dink mit seinen Äußerungen Abscheu und Hass ausgelöst hätte, stieß auf harte Kritik in der türkischen Öffentlichkeit. Mitte August traf Staatspräsident Gül mit dem Bruder des Ermordeten Hosrof Dink zusammen. Gül erklärte außerdem, dass Hrant Dink aufgrund fehlenden Schutzes ermordet wurde. Die Hinterbliebenen von Dink forderten als Vorbedingung für einen gerichtlichen Vergleich die Rücknahme der Verurteilung von Hrant Dink

nach Art. 301. Als Reaktion auf die öffentliche Diskussion hat die Regierung angekündigt, künftig bei Verteidigungen bei Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Verletzung der Meinungsfreiheit vorsichtiger zu handeln.

4. Entmilitarisierung und Verfahren gegen den „tiefen Staat“

Machkampf um Ernennung hoher Generäle

Bei der Sitzung des Hohen Militärrats setzte sich die Regierung bei der Stellenbesetzung des Oberkommandierenden des Heeres sowie bei weiteren Beförderungsentscheidungen von Generälen und Admiralen durch. Neuer Chef des Generalstabs wurde der als moderat geltende Isik Kosaner.

Es war das erste Mal seit dem Militärputsch von 1980, dass eine Regierung die von der Militärführung vorbereitete Ernennungsliste zurückwies. Der Hintergrund der Auseinandersetzung waren Ermittlungen im Umfeld des Ergenekon-Verfahrens. Gegen elf Generale, die zur Beförderung anstanden, wurden im Zusammenhang mit der unter dem Namen „Balyoz“ erhobenen Anklage wegen eines Putschplans aus dem Jahr 2003 Untersuchungshaft angeordnet. Zwar wurden den Einsprüchen gegen die Haftbefehle nach Ende der Sitzung des Hohen Militärrats stattgegeben, doch wurden die Haftbefehle als ein Defacto-Hindernis für die Beförderung bewertet. Der ursprünglich für das Oberkommando des Heeres vorgesehene Kandidat erhielt unmittelbar vor der Sitzung des Hohen Militärrats eine Vorladung der Staatsanwälte, welche die Ergenekon-Ermittlungen führen.

Militär im Fokus der Ergenekon-Ermittlungen

Am 20. Juli nahm das 10. Große Strafgericht Istanbul die Anklageschrift zum „Balyoz“ Fall an, der durch die Veröffentlichung von Dokumenten durch die Tageszeitung Taraf ins Rollen kam. Im Frühjahr 2003 sollen bei einem militärischen Planungsseminar Pläne für einen Militärputsch unter dem Decknamen „Balyoz“ entwickelt worden sein. Hauptangeklagter ist General Cetin Dogan, zudem werden der frühere Luftwaffenkommandeur General Ibrahim Firtina und der frühere Flottenkommandeur Özden Örnek sowie 196 Offiziere beschuldigt. Das Gericht ordnete gegen 102 Angeklagte Untersuchungshaft an, unter ihnen befanden sich auch 12 Offiziere, deren Beförderung bei der Sondersitzung des Hohen Militärrats beraten werden sollte.



Während der Ermittlungen zum „Plan zur Bekämpfung der Reaktion“ sickerte ein Untersuchungsbericht des Generalstabs an die Medien durch. Angeklagt sind in dem bereits eröffneten Gerichtsverfahren der Befehlshaber der 3. Armee Berk und der leitende Staatsanwalt von Erzincan Cihaner sowie 12 weitere Personen. Der umfangreiche Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Anklageschrift grobe Fehler aufweist und nicht den Tatsachen entspricht, was von Erklärungen und Aussagen von Offizieren gestützt wird, die im Zuge der Ermittlungen angehört wurden.

Am 3. August bestellten die Staatsanwälte General Igsiz und 18 weitere Personen im Zusammenhang mit der Untersuchung der Hintergründe von Websites, die der Verunglimpfung der Regierung beschuldigt werden, zum Verhör ein. Igsiz' Vorladung wurde von Ministerpräsident Erdogan als Hauptargument angeführt, seine vorgesehene Beförderung zum Kommandeur des Heeres abzulehnen. Die Vorladung des Generals zu diesem Zeitpunkt stieß auf Kritik, weil der Vorfall seit mehr als einem Jahr bekannt ist.

Lange Untersuchungshaft im Ergenekon-Verfahren

Untersuchungshaft von zum Teil mehr als zwei Jahren für Angeklagte in den Ergenekon-Verfahren führen zu steigender Kritik. Der inhaftierte frühere Bürochef der Tageszeitung Cumhuriyet in Ankara, Mustafa Balbay, der selbst seit mehr als 550 Tagen inhaftiert ist, protestierte mehrfach dagegen, dass kein Fortschritt im Verfahren feststellbar und die Untersuchungshaft längst zu einer Strafe ohne Urteil geworden sei. Zur der tausende Seiten umfassenden Anklageschrift sind mehrere hundert Aktenseiten gekommen, die aufgrund von Beweisanträgen einbezogen wurden. Zuletzt forderte das Gericht im zweiten Ergenekon-Verfahren vom Verfassungsgericht die Akten des Verbotverfahrens gegen die AKP an.

Politische Morde Staatspolitik

Der pensionierte Admiral Atilla Kiyat hat in einem Fernsehinterview erklärt, dass die unaufgeklärten politischen Morde der 1990er Jahre Staatspolitik gewesen seien. Die heute angeklagten Offiziere hätten auf Befehl gehandelt. Er rief die Ministerpräsidenten und Generalstabschefs dieser Periode auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und auszusagen.

Polizei unterwandert

Der Polizeichef von Eskisehir Hanefi Avci veröffentlichte Anfang August ein Buch, das seine Erinnerungen im Polizeidienst und den Vorwurf enthält, der Polizeiapparat sei von der Gülen Gemeinschaft systematisch unterwandert worden. Avci gilt als derjenige, der den polizeilichen Geheimdienst aufgebaut hat und stand selbst der Gülen Gemeinde nahe. Avci erklärt, die Gemeinde verfüge in der Polizei über eine hierarchische Organisation, die in direkter Beziehung zur Zentrale der Gemeinschaft in den USA stehe. Ermittlungen, die die Gemeinde berühren, werden frühzeitig manipuliert und blockiert. Nach der Veröffentlichung des Buchs bat Avci um die Versetzung in die Polizeizentrale nach Ankara. Zu seinen Behauptungen wurden sowohl verwaltungsintern als auch durch die Staatsanwaltschaft Ermittlungen eingeleitet.

Diskussion über Stellenbesetzung bei der Justiz

Wie bereits im vergangenen Jahr entzündeten sich bei der Besetzung der Stellen gehobener Staatsanwälte und Richter Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und den von den Obergerichten entsandten Mitgliedern im Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte. Das Justizministerium teilt dazu mit, dass ein Vorschlag eingereicht worden sei, der darauf ziele, die Zusammensetzung der großen Strafgerichte insbesondere in Istanbul, Diyarbakir und Erzurum grundlegend zu verändern. Eine solche Veränderung käme einem direkten Eingriff in laufende Gerichtsverfahren und Ermittlungen gleich. Dieser erneute Konflikt wird als Versuch gedeutet, Stellenbesetzungen in kritischen Positionen – insbesondere im Umfeld des Ergenekon-Verfahrens – auf einen Zeitpunkt nach dem Referendum zu verschieben. Nach Annahme der Verfassungsänderung werden gemäß der veränderten Zusammensetzung des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte und des Verfassungsgerichts binnen eines Monats Ernennungen der neuen Mitglieder vorgenommen und die Wahlen unter den Richtern und Staatsanwälten durchgeführt.

5. Wirtschaft

Gute Kritiken vom IWF

Der Internationale Währungsfonds hat am 28. Juni seine vorläufigen Schlussfolgerungen zur Wirtschaftsinspektion vom Mai 2010 veröffentlicht. In diesen vorläufigen Schlussfolgerungen stellt der IWF fest, dass die Maßnahmen der Regierung in den vergangenen sechs Jahren die türkische



Wirtschaft deutlich robuster gegenüber internationalen Schocks gemacht haben und sieht in diesem Jahr eine schnelle Erholung von den Krisenerscheinungen des vergangenen Jahres. Positiv vermerkt der Fonds, dass die türkische Zentralbank eine Strategie zur Rücknahme der Kriseninterventionsmaßnahmen des vergangenen Jahres vorgestellt hat und die Absicht der türkischen Regierung besteht, mit Wirkung des kommenden Jahres eine Finanzregel für den öffentlichen Haushalt zu erlassen. Erst nach Veröffentlichung des Berichts entschloss sich die türkische Regierung jedoch, die Regel einstweilen zu verschieben. Nunmehr ist 2012 als möglicher Start für das Projekt im Gespräch.

Erholung der Wirtschaft

Die türkische Wirtschaft hat sich im ersten Halbjahr deutlich von den Folgen der Wirtschaftskrise erholt, obgleich die meisten Indikatoren noch nicht wieder das Niveau von 2008 erreicht haben. Im zweiten Quartal wurde ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 10,7 Prozent erzielt, sodass das erste Halbjahr mit einem Wirtschaftswachstum von 11 Prozent abgeschlossen werden konnte. Für das zweite Halbjahr wird mit einem nachlassenden Wachstums-tempo gerechnet, das bereits jetzt an der Verlangsamung der Zuwachsraten beim Export zu erkennen ist. Das schnelle Wachstum des Außenhandelsdefizits hat erneut Diskussionen über die Devisenpolitik ausgelöst. Die wirtschaftliche Belebung hat auch zu einer Verbesserung der Beschäftigungslage geführt. Im Juni ging die Arbeitslosenrate auf 11 Prozent zurück und lag damit um 2,6 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahresmonat. Im gleichen Zeitraum stieg die Erwerbsbeteiligung um 1,2 Punkte auf 49,4 Prozent. Die Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft stieg im Jahreszeitraum um 1,177 Millionen.

Beamte fordern Tarifvertrag

Bei den Verhandlungen zwischen der Regierung und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hat die Gewerkschaftsföderation KESK gefordert, die Verhandlungen nicht auf der Grundlage des bisherigen Schlichtungsverfahrens, sondern als Tarifverhandlungen zu führen. Die Regierung lehnte die Forderung ab und erklärte, dies sei erst nach Annahme des Referendums über die Verfassungsänderung möglich. Die Verfassungsänderung sieht ein Recht für Beamte auf Abschluss eines Tarifvertrages vor. KESK erklärte, dass die Türkei aufgrund der Verpflichtungen, die sie gegenüber der internationalen Arbeitsorganisation ILO eingegangen ist, ohnehin verpflichtet sei, Tarifverträge auch für Beamte zuzulassen und hob

hervor, dass internationales Recht über dem Verfassungsrecht steht.

6. Außenpolitik

Türkei Hearing des US-Repräsentantenhauses

Am 28. Juli führte das außenpolitische Komitee des US-Repräsentantenhauses zum ersten Mal ein Hearing zur Türkei durch. Ziel der Anhörung von vier Experten, der frühere US-Botschafter in Ankara Ross Wilson, Michael Rubin vom American Enterprise Institute, Ian Lesser vom German Marshall Fund und Soner Cagaptay vom Washington Institute for Middle East Policy, war insbesondere der Frage nachzugehen, welche Richtungen die Entwicklungen in der Türkei und ihrer Außenpolitik nehmen. Während Ross Wilson unterstrich, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu keinem Zeitpunkt einfach waren, aber durch einen offenen Dialog weiterentwickelt werden können, erklärte Michael Rubin, man müsse angesichts der zunehmenden Interessengegensätze insbesondere den Verkauf neuer Waffensysteme an die Türkei überdenken. Mitte August meldeten US-Zeitungen, Präsident Obama habe in seinem Gespräch mit Ministerpräsident Erdogan während des G8-Gipfels in Toronto neue Waffenlieferungen von einer Änderung der Haltung der türkischen Regierung gegenüber dem Iran und Israel abhängig gemacht. Auf der anderen Seite dementierte kurz darauf das US-Außenministerium, dass es sich um ein Ultimatum gehandelt habe.

Entspannungsbemühungen Israels

Die türkisch-israelischen Beziehungen sind nach wie vor gespannt. Dies machte der Ministerpräsident am 14. August noch einmal deutlich, als er alle Botschafter in Ankara mit Ausnahme des israelischen zu einem Essen zur Beendigung des täglichen Ramadanfastens einlud. Auf der anderen Seite hat Israel die anfängliche Weigerung aufgegeben, mit einer UN-Untersuchungskommission zur Erstürmung von Hilfsschiffen für den Gaza-Streifen Ende Mai zusammenzuarbeiten. Israel ist jedoch weiterhin nicht bereit, beteiligte Soldaten durch den UN-Ausschuss verhören zu lassen. Auch wurden die beschlagnahmten Schiffe Anfang August türkischen Behörden übergeben. Gleichwohl machte der israelische Ministerpräsident Netanjahu bei einer Anhörung vor der israelischen Untersuchungskommission die Türkei für den Vorfall verantwortlich. Die türkische Regierung habe trotz aller Versuche, das Auslaufen des Hilfskonvois zu verhindern, nicht gehandelt.



Deutschland verbietet IHH

Mitte Juni verhängte das Bundesinnenministerium, gestützt auf Ermittlungen des Verfassungsschutzes, ein Verbot gegen die Internationale Humanitäre Hilfsorganisation IHH in Deutschland. Zur Begründung führte Bundesinnenminister Thomas de Maizière an, die IHH habe 6,6 Millionen Euro an die Hamas gespendet haben. Organisationen, die sich gegen das Existenzrecht Israels richten, hätten das Recht auf Vereinigungsfreiheit verwirkt, erklärte der Bundesinnenminister. Das Geld sei über sechs Organisationen an die Hamas geflossen, von denen zwei unmittelbar von dieser kontrolliert würden. Es wurde außerdem auf die enge Verbindung der IHH zum Milli Görüs hingewiesen. Der Milli Görüs, der in Deutschland über 300 Moscheen und nach eigenen Angaben über 57.000 Mitgliedern verfügt, wird seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet. Das Kuratorium des IHH als höchstes Organ der Organisation, setze sich ausschließlich aus Milli Görüs Funktionären zusammen.

Das IHH-Verbot in Deutschland erfolgte recht zeitnah nach dem israelischen Angriff auf einen Hilfskonvoi für Gaza, der die Blockade brechen sollte. Insbesondere nach Forderungen in den USA der Organisation als „terroristisch“ einzustufen, erregte das Verbot in Deutschland international Aufsehen.

Auf der anderen Seite wird die Frage nach der Beziehung zwischen der türkischen und der deutschen IHH aufgeworfen. Die Führung des Hilfskonvois hatte die türkische IHH übernommen. Diese weist eine direkte Verbindung zur deutschen IHH zurück.

Das Verbot stieß sowohl in islamischen als auch verschiedenen linken Kreisen in Deutschland auf Kritik. Unter anderem wird erklärt, dass mit dieser Begründung zahlreiche weitere humanitäre Hilfsorganisationen verboten werden könnten, die beispielsweise Krankenhäuser im Gaza-Streifen unterstützten.

Die IHH hat Klage gegen das Verbot erhoben.

Regierung ändert Sicherheitsdoktrin

Die Regierung hat das Dokument zur nationalen Sicherheit geändert und die Nachbarländer aus der Priorität möglicher Sicherheitsrisiken herausgenommen. Dies betrifft unter anderem auch den Iran und Griechenland. Das Dokument ist geheim und die Informationen beziehen sich auf Zeitungsberichte, doch wird davon ausgegangen, dass damit auch die Kriegsdrohung angesichts einer Ausweitung der Hoheitsgewässer Griechenlands mit der Änderung gegenstandslos geworden ist.

Staatsvertrag zur Errichtung von Atomkraftwerk ratifiziert

Am 15. Juli ratifizierte das türkische Parlament den Staatsvertrag über atomare Zusammenarbeit mit Russland, der die Errichtung eines Atomkraftwerks sowie dessen Betrieb durch Russland vorsieht. Als Standort ist Akkuyu in der Provinz Mersin vorgesehen. Der Vertrag sieht vor, dass Russland binnen drei Monaten nach der Ratifizierung des Staatsvertrags ein Betreiberunternehmen gründet. In Akkuyu soll ein Kraftwerk mit vier Einheiten und einer Leistung von 4.800 MW errichtet werden.

Indem die Errichtung des Atomkraftwerks zum Gegenstand eines Staatsvertrags wurde, ist es einer gerichtlichen Überprüfung in der Türkei entzogen. Frühere Pläne zur Errichtung von Atomkraftwerken in der Türkei waren am Verwaltungsgerichtshof gescheitert.

Deutsch-Türkische Uni steht vor dem Start

Mit der Verabschiedung des Gründungsgesetzes für die Deutsch-Türkische Universität sind die Vorbereitungen, ein wesentliches Stück vorangekommen. Es wird davon ausgegangen, dass Staatspräsident Gül im Herbst den Gründungsrektor ernennt und die Vorbereitungen für die Aufnahme des Lehrbetriebs in einem bereitgestellten Gebäude in Istanbul aufgenommen werden können. Die Universität ist eines der zentralen Projekte der Ernst-Reuter-Initiative, die von den damaligen Außenministern Steinmeier und Gül ins Leben gerufen wurde, um den Dialog zwischen beiden Ländern zu vertiefen.

Außenminister Westerwelle in der Türkei

Am 27. Juli besuchte Außenminister Guido Westerwelle Ankara und Istanbul. Im Mittelpunkt des Kurzbesuchs standen Fragen der Nahost- und Iran-Politik. Vor seiner Ankunft sagte Westerwelle in einem Interview für die Bild Zeitung und die Hürriyet, dass die Türkei, müsste man heute über ihren Beitritt entscheiden, nicht reif sei und die EU nicht fähig zur Aufnahme sei. Westerwelle betonte jedoch auch die Wichtigkeit der Türkei für Deutschland und Europa und erklärte in einem Gespräch mit seinem türkischen Amtskollegen Davutoglu, dass die Richtung der Türkei der Westen sei.



Autoren

Michael Meier
Stefan Hibbeler
Yasemin Ahi
Cihan Huroglu
Mert Onur

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Türkei
Cihannüma Mahallesi
Mehmet Ali Bey Sk. 12 / D 5
34353 Beşiktaş – Istanbul
Türkei

Verantwortlich:
Michael Meier
Landesvertreter Türkei
Tel.: ++90-212-3108237
Fax: ++90-212-2587091
<http://www.festr.org>

Bestellungen/Kontakt hier:
contact@festr.org

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.